

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau OS., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erscheint

Wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus und
bei allen Postanstalten 1 Mk. 50 Pfg.

Druck und Verlag von

P. Hunold's Stadtschuldrucker, Sohrau OS.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Einzelgen.-Preis

für die einseitige Beilage oder deren Raum 20 Pf.
Zusatzentnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 53.

Recept. Nr. 19

Mittwoch, den 2. Juli 1919.

Recept. Nr. 19

41. Jahrg.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Versailles, 28. Juni. Der Friedensvertrag ist, wie vorgesehen, nachmittags um 3 Uhr im Schloß unterzeichnet worden.

Versailles, 28. Juni. Die Zeremonie der Unterzeichnung zu Versailles begann nachmittags 3 Uhr. Nachdem sämtliche Delegierte der alliierten und assoziierten Mächte ihre Plätze eingenommen hatten, wurden die deutschen Delegierten in den Saal geleitet und an den für sie bestimmten Platz geführt. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz, Clemenceau, erhob sich und erklärte: Nachdem die Bedingungen der alliierten und assoziierten Mächte von den Deutschen angenommen seien, ersuche er die deutschen Bevollmächtigten, das Friedensdokument zu unterschreiben. Er hob hervor, die Unterzeichnung des Friedensvertrages bedeute, daß die Bedingungen in lokaler Weise eingehalten werden müßten. Um 3.12 Uhr unterschrieben Herrmann Müller und Dr. Baß als erste den Friedensvertrag. Hierauf unterschrieben der Reihe nach die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte. Kurz vor 4 Uhr war der Akt beendet. Clemenceau hob die Sitzung mit der Erklärung auf, der Friede sei geschlossen. Er ersuchte die Delegierten der assoziierten und alliierten Mächte, zu warten, bis die deutschen Bevollmächtigten sich entfernt haben. Die Militärmission werde die deutschen Delegierten in ihr Hotel de Reservoir zurückgeleiten. Die deutschen Bevollmächtigten verließen darauf als erste den Saal, auf demselben Wege, auf dem sie gekommen waren, und begaben sich sofort in das Hotel de Reservoir zurück.

Ein Protest der englischen Afrikaner gegen die Bestrafung des Kaisers.

Berlin, 28. Juni. Um 3.08 Uhr eröffnete Clemenceau die Sitzung und hielt eine Rede, die 2 Minuten dauerte. Die Unterzeichner gaben mit der Unterzeichnung das feierliche Versprechen, die mit der Unterzeichnung des Friedens übernommenen Verpflichtungen eifrig und getreu zu erfüllen. Einmütig übergab einen Protest gegen die Bestrafung des Kaisers und die anderen durch den Friedensvertrag in Mitleidenhaft gezogenen Personen. Um 3.51 Uhr war der Akt der Unterzeichnung vollzogen. Gleich darauf verließen die Deutschen das Schloß.

Eine tragische Erinnerung.

Berlin, 28. Juni. Am 28. Juni 1914 wurde in Sarajewo der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin ermordet. Am 28. Juni 1919 wurde in Versailles der Friedensvertrag unterzeichnet.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages.

Rotterdam, 30. Juni. Die „Times“ meldet aus Paris: Nach einem Beschluß der Alliertenkonferenz soll die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland in allen Parlamenten der alliierten und assoziierten Staaten innerhalb Monatsfrist erfolgen.

Blockade und Ratifikation.

Versailles, 28. Juni. Die Entente hat eine Note an die deutsche Delegation überreicht, in der es u. a. heißt:

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären sich bereit, die Blockade schon dann aufzuheben, sobald sie amtlich von der regulären und vollständigen Ratifizierung des Vertrages durch Deutschland verständigt worden sind.

Militärtrauer wegen des Schmachtfriedens.
Der Reichsverband deutscher Unteroffiziere

hat anlässlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Telegramm an alle Korpsverbände für seine Mitglieder folgende Parole ausgegeben:

Deutschland war gezwungen, einen Schmachtfrieden zu unterzeichnen und es muß Angehörige des eigenen Volkes fremden Nationen preisgeben, um der völligen Vernichtung zu entgehen. Kameraden! Wir fordern Euch auf, als äußeres Zeichen unserer Trauer sofort für 14 Tage Trauerflor anzulegen.

Die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

Basel, 30. Juni. Der Pariser „Temps“ berichtet, daß die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen nach den Orten, die nicht im besetzten Gebiet liegen und nicht an Polen abgetreten werden, frühestens Anfang August beginnen könne, wenn die Vorbedingungen bis dahin erfüllt wären.

Saarbrücken, 30. Juni. Die ersten deutschen Kriegsgefangenen sind hier eingetroffen und wurden unter großem Jubel ihrer Angehörigen empfangen.

Konstanz, 30. Juni. Alle in der Schweiz noch internierten deutschen Kriegsgefangenen, 1200 Offiziere und 3000 Mann, werden nach einer Mitteilung der Schweizer Regierung vom 13. bis 30. Juli über Konstanz nach ihrer Heimat zurückgeführt.

Ein Skandal in der französischen Kammer.

Genf, 28. Juni. Der französische Kommer lag gegen den Antrag vor, für die Kriegsgefangenen in Paris 1 1/2 Millionen Frank zu bewilligen. Der Sozialist Jean Bon d'langue Jur d'angebot an die Kommissar, damit diese sich auch mit den 8-ten in der Provinz beschäftigen können. Als darauf verschiedene Einwände laut wurden und ein Deputierter erklärte, er fühle es unangenehm, daß die Kammer nicht einmal einigt sei, wenn es gälte, die bewundernswürdigen französischen Soldaten zu feiern, erklärte der Sozialist d'homos, er fühle es unangenehm, daß man 1 1/2 Millionen Frank bewilligen wolle, ohne sich überhaupt mit der Frage zu beschäftigen, was damit gemacht werden solle. So erhob sich der Zimmerwalder Sozialist Erlson und beginnt: Man verlangt von uns Geld für einen Paradenstreich der Sieger. Der Deputierte Boulanger ruft ihm zu: Schwägen Sie! Sie haben überhaupt nicht das Recht, mitzureden, wenn man Siege geprochen wird. Erlson fährt fort: Ich v'langte die allgemeine Demobilisation, allgemeine Amnestie u. m. 3 ist nicht der Augenblick, den Friedenvertrag zu feiern, diesen Vertrag, der den Frieden vollendet. Darauf wurden stürmische Proteste laut, und ein Deputierter schreit: Hier wird französisch gesprochen und nicht bolschewistisch. Als Erlson wieder reden kann, erklärt er: Es ist einfach lächerlich, den Tod von 1 800 000 Franzosen durch eine Falschheit zu feiern. Ein allgemeiner Sturm der Entrüstung macht der Rede ein Ende, und der Präsident erklärt: Ein Abgeordneter habe das Recht, in dieser Weise zu sprechen. Der Streit wird darauf ohne Kommissarsberatung bewilligt.

Bethmann Hollweg tritt für seinen Kaiser ein.

Berlin, 28. Juni. Der ehemalige Reichskanzler von Bethmann Hollweg hat, nachdem er bereits am 20. Mai d. Js. einen gleichen Schritt auf ausdrücklichen Wunsch der Reichsregierung hat fallen lassen müssen, am 25. Juni an den Ministerpräsidenten Clemenceau ein Schreiben gerichtet, in dem er diesen bittet, das nachstehende Schriftstück zur Kenntnis der gegen Deutschland alliierten und assoziierten Mächte zu bringen:

„In Artikel 227 der Friedensbedingungen haben die alliierten und assoziierten Mächte verfügt, Seine Majestät Wilhelm von Hohenzollern, früheren deutschen Kaiser, wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der geistlichen Macht der Verträge unter öffentliche Anklage zu stellen und gleichzeitig den Entschluß kundzugeben, an die Regierung der Niederlande ein Schreiben zu richten, den ehemaligen Kaiser zum Zwecke seiner Aburteilung auszuliefern. Mit Bezug hierauf erlaube ich mir an die alliierten und assoziierten Mächte die Bitte zu richten, das gegen Seine Majestät den Kaiser beabsichtigte Verfahren

gegen mich stattfinden zu lassen, und zu diesem Zwecke stelle ich mich hierdurch zur Verfügung der alliierten und assoziierten Mächte. Als ehemaliger deutscher Reichskanzler

trage ich für die Amtszeit die Verantwortung für die politische Handlung des Kaisers. Ich glaube hieraus den Anspruch herleiten zu dürfen, daß die Regierungen, welche die alliierten und assoziierten Mächte für diese Handlungen fordern wollen, ausdrücklich von mir gefordert werden. In der Überzeugung, daß die alliierten und assoziierten Mächte, einem durch öffentliches Staatsrecht formierten Rechtszustand die internationale Beachtung nicht verweigern wollen, darf ich wohl die Hoffnung ausdrücken, meiner Bitte stattzugeben. Genehmigen Sie den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hohenstein, den 25. Juni 1919.
geg. Bethmann Hollweg.

Zur Verankerung der deutschen Flotte.

Osag, 28. Juni. Aus Paris wird gemeldet: Der französische Marineminister hat erklärt, daß durch die Verankerung der deutschen Schiffe für die Entente ein Verlust von 1 1/2 Milliarden Frank entstehen werde. Für diesen Verlust müsse Deutschland aufkommen.

Amsterdam, 28. Juni. Aus einer in der „Times“ vom 27. veröffentlichten Mitteilung einer Augenzeugen der Verankerung der deutschen Flotte in Scapa Flow geht hervor, daß die britischen Matrosen auf Befehl ihrer Offiziere aus nächster Nähe auf die wachende, in Booten d'habillage d'emannung der „Grafenru“ teneuten, weil die Besatzung sich nicht auf das Schiff zurückbegeben, während das Schiff im Sinken war.

Ein deutscher Offizier rief den Engländern von dem Boote aus zu: „Sie haben 4 Mann meiner Flotte getötet, wir haben keine Waffen, wir können auf unsere Schiffe nicht zurückkehren, weil sie sinken.“

Osag, 28. Juni. „Daily News“ melden: Die Zahl der Opfer der verankerten deutschen Kriegsschiffe beträgt nach halbamtlichen Nachrichten nahezu 400. 1800 Offiziere und Mannschaften sind an den D'raen-Jasen schwimmend angelangt und halten sich verdeckt. Die Leichen der ungelungenen und ertrunkenen Seelen, die getrunken sind, werden durch eine englische Marineabteilung mit militärischen Ehren beigesetzt.

Im Hindenburg.

Die 12. Infanterie-Division, ausgeteilt beim Grenzschutz in Oberschlesien, hat an Generalleutnant v. Hindenburg in Hannover nachstehendes Telegramm geschickt: „Beim Ausbruch Eurer Erwählung gebührt die 12. Infanterie-Division in Stolz und Freude ihren verdienstvollen, unermüdeten Helden aus großer Zeit. Sie dankt Eurer Erwählung, daß das Geschick großartiger Liebe und Dankbarkeit und das seltsame Vertrauen in Eurer Erwählung, Gerechtigkeit, die die Division in schwerer Zeit zur hingebendsten Pflichterfüllung und zu Mühen und Sieg hingeführt haben, unentwegt in ihr fortwirken werden, solange es noch Angehörige der Division gibt. Die treuesten und herzlichsten Wünsche der gesamten Division begleiten Euer Erwählung auf den ferneren Lebenswegen. Der Name des Generalleutnants v. Hindenburg wird aus ein Symbol sein für unsere Arbeit im Wiederaufbau unserer armen Vaterlande. Die 12. Infanterie-Division.“

Die Alliierten befinden sich.

Amsterdam, 29. Juni. „Chicago Tribune“ schreibt: Seit Beginn der Friedenskonferenz waren die Amerikaner fortwährend gegen die Auslieferung des Kaisers und gegen seine Verurteilung, weil kein Mittel besteht, um diesen Prozeß auf gesetzliche Weise zu führen und weil man nicht aus dem früheren Kaiser einen Märtyrer machen und die monarchistische Bewegung in Deutschland unterstützen will. Der „Tribune“ zufolge haben sich inzwischen auch Frankreich und Belgien zu diesem Standpunkt bekannt. Das Blatt glaubt auch nicht, daß man die deutschen Offiziere, deren Auslieferung im Vertrage verlangt wird, verurteilen wird.

Der amtliche Text über die Abstinenzbedingungen für Oberschlesien.

Die Pressestelle des Staatskommissars schreibt uns:

Die Uebersetzung des amtlichen (französischen und englischen) Textes der

Abstimmungs-Bedingungen für Oberschlesien lautet:

§ 1.

Spätestens 15 Tage nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages (Ratifizierung) müssen die Truppen und diejenigen deutschen Behörden, welche die im § 2 vorgesehene Kommission bezeichnen kann, das Abstimmungsgebiet räumen. Sie müssen sich bis zur vollständigen Räumung aller Geld- und Naturalien-Requisitionen enthalten und in geeignetem Ausmaß auf die materiellen Interessen des Landes ihr Augenmerk richten.

In demselben Zeitraum werden die Arbeiter- und Soldatenräte dieses Landes aufgelöst; diejenigen ihrer Mitglieder, welche in einer anderen Gegend gebürtig sind und ihre Tätigkeit am Tage des Inkrafttretens des Vertrages noch ausüben oder ihre Tätigkeit seit dem 1. 3. 1919 aufgegeben haben, werden gleichfalls ausgewiesen.

Alle militärischen und halb-militärischen Verbände, die von den Einwohnern dieses Landes gebildet worden sind, werden sofort aufgelöst. Diejenigen ihrer Mitglieder, welche in dem betroffenen Gebiet nicht beheimatet sind, müssen es verlassen.

§ 2.

Das Abstimmungsgebiet wird unmittelbar einer 40-köpfigen internationalen Kommission unterstellt, welche von den Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und Italien bestimmt werden. Es wird von Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt. Die deutsche Verwaltung verpflichtet sich, den Transport dieser Truppen nach Oberschlesien zu erleichtern.

§ 3.

Die Kommission genießt alle Befugnisse der deutschen oder preussischen Verwaltung, ausgenommen die Gesetzgebung oder die Steuer. Sie steht im übrigen an Stelle der Provinzialverwaltung oder der Bezirksregierung. Die Kommission ist berechtigt, selbständig die Vollmachten auszuliegen, welche ihr durch die vorliegenden Bestimmungen verliehen sind und zu bestimmen, in welchem Umfange sie diese Vollmachten ausübt und in welchem Maße die bestehenden Behörden zuständig bleiben.

Veränderungen der bestehenden Gesetze und der Steuerbestimmungen können nur mit Zustimmung der Kommission in Kraft gesetzt werden.

Die Kommission wird ihre Befehlsgewalt ausüben mit Hilfe der Truppen, die ihr zur Verfügung stehen und soweit sie dies für notwendig halten wird durch die Polizei, welche aus den Eingeborenen des Landes zusammengesetzt wird.

Die Kommission muß unverzüglich für die Wiederbesetzung der abgehenden deutschen Behörden sorgen und muß, soweit notwendig ist, selbst den Befehl zur Räumung geben und zur Neubesetzung der in Frage kommenden östlichen Behörden schreiten. Sie trifft alle Maßnahmen, um eine freie, laute und geheime Abstimmung zu sichern.

Sie kann besonders die Ausweisung jeder Person anordnen, die in irgend einer Weise versucht hat, das Abstimmungsergebnis durch Bestechungs- oder Einschüchterungsmanöver zu verfeinern.

Die Kommission hat Vollmacht, alle Fragen zu regeln, welche bei der Ausführung der vorstehenden Bestimmungen aufzuwerfen können. Sie wird unterstützt von technischen Beratern, die sie sich aus der ortsansässigen Bevölkerung auswählt.

Die Entscheidungen der Kommission werden mit Stimmenmehrheit getroffen.

§ 4.

Die Abstimmung findet statt in einer von den hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächten festzusetzenden Zeit, welche aber nicht weniger als 6 und nicht mehr als 18 Monate betragen darf, vom Zeitpunkt des Amtsantrittes der Kommission an gerechnet.

Das Stimmrecht haben alle Personen ohne Unterschied des Geschlechts, welche folgende Bedingungen erfüllen:

- a) Vollendung des 20. Lebensjahres am 1. Januar desjenigen Jahres, in welchem die Abstimmung vor sich geht.
- b) 1. Geburt im Abstimmungsgebiet oder 2. Wohnsitz dortselbst seit einer von der Kommission festzusetzenden Zeit, welche aber vor dem 1. Januar 1919 liegen muß.
3. Die von den deutschen Behörden Ausgewiesenen, welche ihren Wohnsitz im Abstimmungsgebiet nicht beibehalten haben.

Die politischen Verbrecher müssen in die Lage versetzt werden, ihr Abstimmungsrecht auszuüben. Jedermann stimmt in der Ge-

meinde, in welcher er wohnt oder in welcher er geboren ist, wenn er einen Wohnsitz in dem Bezirk nicht hat.

Das Abstimmungsergebnis wird gemeindeweise festgestellt, nach der Mehrheit in der Gemeinde abgegebenen Stimmen.

§ 5.

Nach Schluß der Abstimmung wird das Abstimmungsergebnis jeder Gemeinde von der Kommission den hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächte mitgeteilt, zugleich mit einem ausführlichen Bericht über die Handhabung der Abstimmung und einem Vorschlage über die Linie, welche als Grenze zwischen Deutschland und Oberschlesien festgelegt werden soll, und zwar sowohl des Wunsches der Einwohner, als auch der geographischen und wirtschaftlichen Lage.

§ 6.

Alsobald nach Festlegung der Grenze durch die hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächte wird die Kommission den deutschen Behörden amtlich mitgeteilt, daß sie ihre Verwaltungstätigkeit in dem Gebiete, welches nach wie vor allen Deutschen anerkannt wird, wieder aufnehmen haben. Die genannten Behörden müssen dabei im Laufe des Monats, welcher dieser amtlichen Aufforderung folgt, in einer von der Kommission festgesetzten Weise verfahren. In demselben Zeitraum und in einer von der Kommission festzusetzenden Weise muß die polnische Regierung für die Verwaltung des Gebietes, welches als polnisch anerkannt wird, Sorge tragen.

Sobald die Verwaltung des Landes in dieser Weise von den deutschen bzw. polnischen Behörden gesichert ist, nehmen die Vollmachten der Kommission ihr Ende. Die Kosten für die Besatzungstruppen und die Ausgaben der Kommission, sowohl für ihre Amtstätigkeit, als für die Landesverwaltung werden aus den örtlichen Einnahmen bestritten.

Nach dem Wortlaut dieses amtlichen Textes soll also die Abstimmung frühestens 6 Monate nach Ratifizierung des Friedensvertrages erfolgen. Somit dürfte die Abstimmung in diesem Jahre nicht mehr stattfinden, da die Ratifizierung des Vertrages durch die Parlamente noch einige Zeit auf sich warten lassen dürfte. Aus ist aber vom Reichs- und Staatskommissar für Schlesien ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß bis zur Ratifizierung des Vertrages der bürgerliche Zustand in Oberschlesien verbleibt. Somit sind auch alle Bedenken, daß Oberschlesien schon in absehbarer Zeit von den deutschen Behörden und vom Militär geräumt werde, unangebracht. Wie gesagt, ehe die Kommission in Oberschlesien das Stimmrecht übernimmt, dürfte noch geraume Zeit vergehen.

Amerikanische Besatzungstruppen?

Eine neuer Meinung will wissen, daß Oberschlesien bis zur Volksabstimmung durch amerikanische Truppen besetzt wird.

Die Besetzung Oberschlesiens.

Ueber die Besetzungsbedingungen Oberschlesiens sind in letzter Zeit die verschiedensten, teilweise sich widersprechenden Nachrichten in die Öffentlichkeit gelangt. Nach Erkundigung an zuständigen Stellen können wir mitteilen, daß die Frage, ob Truppen der alliierten Armee oder amerikanische Truppen die Besetzung durchführen werden, noch nicht klar beurteilt werden kann. Das Gerücht, daß Amerikaner die Besatzungstruppen bilden sollen, ist wahrscheinlich durch den Umstand bedingt, daß der Leiter der internationalen Kommission aller Voraussicht nach ein Amerikaner sein wird. Die Besetzung wird, wie ebenfalls von zuständigen Stellen bestätigt wird, erst 14 Tage nach Formulierung des ersten Ratifizierungsprotokolls, das drei Mächte unterzeichnet haben müssen, erfolgen.

Nicht vor Mitte August.

OppeIn, 30. Juni. Vom Regierungspräsidenten wird uns mitgeteilt: Zur Beruhigung der Bevölkerung stellt man fest, daß die deutschen Truppen erst nach der Ratifizierung des Friedensvertrages, also voraussichtlich nicht vor Mitte August Oberschlesien zu verlassen haben. Dasselbe gilt von denjenigen Behörden, welche die internationale Kommission zum Verlassen auffordert. Die Besetzung von Oberschlesien erfolgt wahrscheinlich durch amerikanischen Truppen.

Der Eisenbahnerstreik beendet.

Berlin, 30. Juni. In sehr zahlreichen Versammlungen, die von den Betrieben und Bezirksleitungen veranstaltet worden waren, wurde beschlossen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen. Dieser Beschluß machte sich auf den Bahnhöfen bereits gestern bemerkbar. Die Arbeiter, die dort beschäftigt waren, erschienen zum Teil, die Beamten fast vollständig und so war es fast überall möglich, die Zugzüge im Rahmen des gegenwärtigen Fahrplans abzulassen.

Breslau, 30. Juni. Zweits Beilegung des Eisenbahnerstreiks haben am Sonntag erneut Verhandlungen zwischen der Streikleitung und

dem Reichskommissar stattgefunden. Der Reichskommissar erklärte sich bereit, sich mit jeder ganzen Person für die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahner einzusetzen. Alle über das wirtschaftliche hinausgehenden Forderungen lehnte er grundsätzlich ab. Darauf fanden noch einmal Verhandlungen der Streikleitung statt. Als deren Ergebnis ist im Laufe des Nachmittags an alle Stellen in der Provinz die telegraphische Aufforderung zur sofortigen Wiederaufnahme des Augenbetriebs und zur Aufnahme der Arbeit in allen Hauptstreckeneisenwerkstätten für Montag früh 6 Uhr ausgegeben worden.

Selbst ist es im Zusammenhang mit dem Eisenbahnerstreik zu blutigen Zusammenstößen in Breslau gekommen, deren Urheber, wie gewöhnlich, fremde spartakistische Elemente sind.

Ueber den Regierungsbefehl Breslau einschließlich der Festungen Breslau und Glog ist heute der Belagerungszustand verhängt worden.

Kofales u. Provinzielles.

Sobran D.C., den 1. Juli 1919.

1. (Eine Stadtverordneten-Sitzung) wurde und gahern überraschenderweise bestritt. Ein Beratungsgeschehen und zwar ein solcher origineller Art lag vor: Nichtigstellung des Protokolls letzter Sitzung, in das sich ein Vapian eingeschlichen hatte. Die altpreußische Bureaukratie hatte sich auch die neue Regierung angeschlossen und die Fassung (es handelte sich um die Festlegung der für 1919 zur Deckung des Gemeindebedarfs zu erhebenden Steuer Prozente) beanstandet. In wenigen Minuten war „das Verbrechen gelüht“...

1. (Der Arbeiterrat) hielt gestern abend eine Sitzung ab. Zunächst wurde einer hiesigen Firma eine Ehrenurkunde ausgestellt, als die Kritik des Arbeiterrates über angeblich veränderte Reichsbesetzung nicht ganz gerechtfertigt war. Nach wiesen an, daß die fehlenden Sachen gegeben sind. Wir unterstellten den Entwurf eines Stadtverordneten, bei derlei Verdächtigungen vorsichtiger zu sein und nicht den guten Ruf angelegener Firmen zu gefährden. Die Wohnraumfrage brachte eine längere Debatte, daß hier wohl verschiedene Notwendigkeiten anzutreffen seien, aber die Räume gefährden im allgemeinen die menschliche Gesundheit. Man richtete einen Appell an die Gewerbetreibenden, daß möglichst zu tun, um die leeren Stuben menschenwürdig herzurichten. Bezüglich der Verfüllung von Kartoffeln an Schweine waren gewisse Verdächtigungen ebenfalls haltlos. Im übrigen drehte sich die Debatte oft um Wortklauberei und verlor sich manchmal ins Unendliche und setzte die Mitglieder untereinander in Widerspruch.

§ (Der katholische Bürgerverein) hielt am Sonntag abend im Hotel „Zur Post“ eine gut besetzte Versammlung ab. Herr Blarrer V. G. hielt einen Vortrag über das Thema: „Charakter- und Jugendbildung auf religiöser Grundlage.“ In dem sehr zeitgemäßen und belehrenden Vortrage wurde zum Ausdruck gebracht, daß unsere verwahrloste Jugend aus dem gefährlichen Strudel der Zeitgeisttendenz besonders auch durch Anschluß an religiöse Vereine zu einem gestifteten Lebenswandel zurückgeführt werden kann, in welcher Hinsicht Eltern, Lehrer, Seelsorger und Vorgesetzte helfend zur Seite stehen mögen. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurden auch die kommenden Gemeindefestlichkeiten besprochen. Allgemein war man der Ansicht, daß das Zustandekommen eines Kompromisses mit den englischen Parteien kaum zu erwarten sein dürfte und der Kampf wohl voll und ganz wird ausgefochten werden müssen. Herr Bezirks-Schornsteinfegermeister Hagenst. ergreift mehrmals das Wort zu interessanten Ausführungen über die gegenwärtige Umformzeit.

§ (Zur Vegetation.) Auf Dominium Timmen dorf steht ein Schlag von 50 Morgen Roggen, dessen Halme fast durchweg über 2 Meter hoch und dessen Wehren von besonderer Länge und Reifezeitigkeit sind. Es ist dies der bekannte Reikaler Roggen, der dieses Jahr neu bezogen wurde.

w. (Das Glücksspiel) Die Theater-Gesellschaft Janetzki entspricht einem allgemeinen Bedürfnis, wenn sie in dieser ersten und düsteren Zeit durch hergerufenen Humor die trübe Wolke von anfernen Schicksalshimmel für einige Stunden beseitigt. Und wenn das letzte Gastspiel auch nicht zur Zufriedenheit der Besucher ausgefallen ist, so tragen nur die unglücklichen Zufälle der Gegenwart die Schuld an dem Mißgelingen. Es muß berücksichtigt werden, daß die Theaterleitung „kurz vor Torenschluss“ von zwei ihrer besten Kräfte, die von Breslau kommen sollten, infolge des Eisenbahnerstreiks

Im Stich gelassen wurde, und daß sie, um die angelegte Vorstellung nicht ganz fallen zu lassen, die in Frage kommenden Rollen minderwertigeren Kräften anvertrauen mußte. Wollen wir daher gerecht sein und mit unserem Unwillen ein wenig zurückhalten. Wenn wir uns in die Lage der Theatergesellschaft versetzen, dürfte es uns nicht schwer fallen, zu entschuldigen, obwohl unsere Ansicht dahin geht, daß es mit Rücksicht auf das kunstverständige Publikum vorteilhafter gewesen wäre, die Vorstellung überhaupt ausfallen zu lassen. — Die vorgenannten Gründe in Betracht gezogen, kann man die Entgleisungen der Schauspieler immerhin verstehen. Ausdrücklich erwähnt sei jedoch die Rolle der „Marie“, die in bewährten Händen lag. Fräulein Schild spielte, wie wir es von ihr gewohnt sind, sicher und gut. Es ist ihr Verdienst, die Operette, die dem „Untergang“ nachgeworfen wurde, allerdings dem Publikum dieses Mal auch bei Fräulein Schild den reinen Klang der Stimme. Dies hat wohl seinen Grund in einer Erklärung und hoffentlich wir zurechtfinden, daß es eine vorübergehende Erscheinung ist. — Die Theaterleitung ermächtigt uns zu der Erklärung, daß sie durch die demnachst hier aufzuführende Operette „Freimaurerhaus“ die Bühne, die durch die Aufführung des „Glücksmädel“ entstanden ist, voll und ganz wieder ausfüllen wird und daß sie dadurch die vollste Zufriedenheit des Breslauer Publikums wieder zu erwerben hofft.

(Bestenommen) wurden gestern Abend in Zandbrock durch Mannschaften anderer Grenzschutzes zwei Burken, welche dringend verdächtig sind, bei dem Raubüberfall im Weichsiger Moorhaus beteiligt gewesen zu sein. Der eine von ihnen, der Häublerlehn Kurosch aus Gerdau, wurde wegen Schwebelichschuß und anderer Straftaten straffällig gemacht. Gestern Abend befand er sich mit anderen Burken bei einer Tanzmusik im Gasthaus in Zandbrock; er hatte 2 Silber-Litros angelegt, welche er, als der Grenzschutz eintraf, schleunigst mit einem alten Rock verpackte und zu entschließen versuchte. Er wurde jedoch gefasst und bei der Untersuchung bei ihm eine neue ledrerne Brieftasche mit 60 M. Inhalt in Banknoten, sowie eine Leutung, lautend über 850 M. für ein bezahltes Fahrrad, ausgehändigt vom 30. Juni, vorgefunden. Der andere Verdächtige, ein gewisser Rojel aus Czernowitz, hatte genau dieselbe nagelneue Brieftasche. Beide verwickelten sich in harte Widersprüche und wurden in Untersuchungshaft genommen.

(Ein neuer Banditenüberfall) ist am Freitag Abend in Oschin ausgeführt worden. In der 10. Stunde erschienen im Hause der verw. Grundbesitzerin Marie Gmalla dortselbst 7 junge Männer, darunter einige in Uniform, und verlangten, nachdem sie vorher angegeben, eine Revision nach Waffen und Munition vornehmen zu wollen, unter Bedrohung mit Leibesgefahr die Herausgabe des Geldes 800 M., welche die Frau im Hause hatte, gab sie heraus. Die Räuber, welche wohl mit den Verhältnissen genau vertraut waren, verlangten noch mehr und ließen erst von ihr ab, als sie eine Leutung vorlegte, nach welcher sie am selben Tage einen größeren Betrag als Kaufgeld in Sobran beim Notar eingezahlt hatte. Die Banditen sind hierauf unter Schimpfworten unerkannt entkommen.

(2 Rühr gefohlen) wurden am Freitag Abend dem Häubler Josef Smyszel in Baranow. Am nächsten Morgen frühzeitig bemerkte ein Sohn des Grundbesitzers Malinitsch von hier im kleinen Gehölz bei Oschin 2 große Männer, von denen einer ein langes Messer in der Hand hielt, mit 2 Rühr. Offenbar wollten sie hier die beiden Rühr abschlagen. Als die beiden des M. anständig wurden, verschwanden sie im Gehölz und ließen die Rühr stehen. Dies kam dem Malinitsch verdächtig vor; er holte seine Schweiher und den Hund aus der elterlichen Wohnung herbei und alle drei begaben sich an den betr. Ort, wo sie die beiden Rühr, von den Männern aber keine Spur mehr vorfanden. Die Rühr waren die dem Smyszel in Baranow gefohlen und konnten dem Besitzer wieder zugeführt werden, welcher sie freudig in Empfang nahm. Von den Schlägern fehlt jede Spur.

(Bestrafte Schweinediebe) Die Häublerlehn Marie J. aus Klischow, das Dienstmädchen Bronislawa G. aus Sobran O.S. und der Fleischer Paul G. von hier hatten sich am Freitag vor dem Schöffengericht hier selbst wegen Eigentumsvergehens zu verantworten. Die beiden ersten Angeklagten waren beschuldigt, in Klischow in der Nacht vom 14. zum 15. April gemeinsam dem Bauern Franz Marzisch II 2 Schweine gefohlen zu haben, während dem letzten Angeklagten zur Last gelegt wurde, die beiden Mädchen durch ein hohes Kaufangebot

— 1000 M. für den Zentner — zur Ausführung des Diebstahls bestimmt zu haben. Der Diebstahl wurde am frühen Morgen von dem Befohlenen entdeckt, welcher die Spur, die zu der Bestrafung der Eltern der J. führte, alsbald aufnahm. Im Stalle unter Stroh versteckt wurde das eine Schwein bereits geschlachtet vorgefunden, während das andere, welches die J., da sie merkte, daß man die Spur ihrer Tat verfolgte, in ihrer Angst herausgelassen hatte, in den gewohnten Stall wieder zurückgekehrt war. In der Hauptverhandlung waren die beiden Mädchen geständig; sie gaben Not als Grund ihrer Tat an. Der Angeklagte G. bestritt jede Beteiligung am Diebstahl. Die Beweisaufnahme ergab auch nichts Belastendes gegen ihn. Das Gericht verurteilte daher Marie J. zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen und Bronislawa G. zu einer solchen von 4 Wochen. G. wurde freigesprochen.

(Keine Räumung Oberschlesien.) Das Generalkommando ist bekannt: Dunkle Elemente verbreiten in Oberschlesien, daß die dort liegenden Truppen bereits Schloß hätten, Oberschlesien zu räumen. Diese Nachricht ist von Anfang bis Ende erlogen. Die Bevölkerung wird gebeten, die Schuldigen dem Generalkommando zu nennen, damit gegen sie strafrechtlich eingeschritten werden kann.

(Das Zentrum bei der Abstimmung über den Friedensvertrag.) Nach der uns jetzt vorliegenden Liste haben bei der Abstimmung über den Antrag Schulz Gröber betr. Unterzeichnung des Friedensvertrages in der Nationalversammlung vom 22. Juni von den ober-schlesischen Zentrumsgenossen mit 30 Stimmen: Gehardt-Ratowitz, Rubicko-Gleiwitz, Strzoda-Ratowitz, Illig-Ratowitz, Janabz-Ratowitz. Mit Nein stimmten: Regierungspräsident Otto-Appel, Dr. Herschel-Breslau und R. Hor. Siegmund-Ratowitz.

(Keine Breslauer Herbstmesse.) Der Verwaltungsrat der Breslauer Messe-Gesellschaft m. b. H. hat mit Rücksicht auf die ungewisse Haltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse beschlossen, von der Veranstaltung einer Breslauer Herbstmesse in diesem Jahre Abstand zu nehmen.

(Freitagstagung.) Am 2. Juli findet in Rybnik eine Freitagstagung statt. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Beamtenabteilung, 2. Verleihung der Titel „Kreis-Strasburgermeister“ an die Kreisbauernvereinsführer, 3. Ergänzung der Amtsvorsteher-Vorschlagsliste.

(Die Bucherpreise entstehen.) Unter dieser Überschrift schreibt man dem „Wanderer“: Die Domäne Schönborg verkauft z. B. verschiedene Silber mit Alie, wofür sie pro Morgen 500 Mark verlangt. Ist es da ein Wunder, wenn die Lebensmittel nachher solche Preissteigerungen erfahren?

(Das Kriegsheer in Rybnik) verurteilte Freitag einen Mann wegen Gefangenenerhaltung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und Verhängung in die 2. Klasse des Soldatenstandes.

(Die Breslauer Millionen-Anleihe.) Aus Breslau wird gemeldet: Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Donnerstagstagung die 62 Millionenanleihe genehmigt und beschlossen, 40 102 500 Mark zur Beschaffung von Mietwohnungen, Parklandschaften, zum Bau von Krankenhäusern und für Schulen sofort in Ausgabe zu stellen.

(Die Gültigkeit der 50 Mark-Scheine.) In weiten Kreisen der Bevölkerung besteht die Meinung, daß die 50 Mark-Reichsbanknoten mit dem Datum vom 20. Oktober 1918 bereits außer Kurs seien und nicht mehr als gesetzlich Zahlungsmittel gelten. Diese Annahme ist irrig, vorläufig steht der amtliche Ausruf noch aus, nur die Banken beginnen allmählich, diese Scheine aus dem Verkehr zu ziehen. Vorläufig ist jede Kass., jedes Geschäft und jede Privatperson noch verpflichtet, die genannten Scheine in Zahlung zu nehmen.

(Der Millionenraub in Borßigwerth.) Das Geld, das in Mißschütz beschlagnahmt wurde und von dem Raube aus dem Geldtransport des Borßigwerth herrührt, befand sich in der Wohnung des Schlossers Janik. Dieser ist seit Aufhebung des Geldes — es dürften etwa 100 000 Mark sein — flüchtig. Nach den Aussagen seiner Frau will Janik das Geld im Walde gefunden haben.

(Der Familienname.) Für Familien, bei denen infolge des Krieges ein Aussterben der Familie und damit die Familienname bedroht ist, wird es nach einem Erlaß des Ministers des Innern keinem Bedenken begegnen, auf Antrag etwaiger Schwiegerkinder die Erlaubnis zu erteilen, ihrem Familiennamen den Mädchennamen der Ehefrau hinzuzufügen. Aus Stadtkreisen sind die Anträge beim Magistrat, aus Landkreisen beim Landrat anzubringen.

(Eine Senkung der Lebensmittelpreise.) Aus Berlin wird gemeldet: Die

Regierung hat die Absicht, durch Bereitstellung von 1 1/2 Milliarden Mark für die nächsten drei Monate dem gesamten deutschen Volke wirtschaftliche Erleichterungen und eine Verabreichung der Lebensmittelpreise zu schaffen.

Man plant, die Preise so zu stellen, daß zum Beispiel

Ris hat 3 Mark pro Pfund, nur 1,75 Mk., Hülsenfrüchte hat 2 Mark nur 1,25 Mark. Auszubehalt hat 2,20 Mark nur 60 Pfg., ausländisches Fleisch hat 11 Mark nur 5 Mark,

Erd hat 8 Mark nur 2 Mark,

Kartoffeln hat 25 bis 35 Pfg. nur 12 Pfg. das Pfund,

Kartoffeln 14 Pfg. kosten sollen.

Durch diese Maßnahme würden bedeutende Minderungen in der wirtschaftlichen Notlage der Bevölkerung erzielt werden.

(Vermögensabgabe.) Die „Berl. Börsen-Zeitung“ ist in der Lage, die Nachricht, daß eine Vorlage über eine große Vermögensabgabe in Vorbereitung ist, zu bestätigen. Die Arbeiten sind bereits soweit fortgeschritten, daß diese bedeutungsvolle Steuerentwurf noch im Laufe der nächsten Woche das Reichskabinett beschäftigen und wahrscheinlich noch vor dem Ferienbeginn der Nationalversammlung eingebracht werden dürfte. Die Vermögensabgabe soll einen Betrag von etwa 70—90 Milliarden erbringen. Der Prozenzfuß wird daher nicht unerheblich sein. Andererseits sollen die Zahlungsströme möglichst entgegenkommend gehalten werden, wobei allerdings dem Reich der gesuchte Abgabebetrag verjagt werden muß. Außerdem dürfte die bereits bestehende Umsatzsteuer in weitestem Maße ausgebaut und sehr erheblich erhöht werden.

(Polizeikommissar Schelle in Biel-schowitz ermordet.) Gestern mittag wurde der Polizeikommissar Schelle in Biel-schowitz mit der Nachricht, daß sich Mitglieder der Haisbande in einem Gasthause in Biel-schowitz befinden, dorthin zu kommen bestimmt. Die dort versammelten Banditen ergriffen vor dem Kommissar und drei anderen Beamten sogleich die Flucht, wobei sie auf die ihnen folgenden Beamten Schüsse abgaben. Polizeikommissar Schelle erhielt einen Schuß in den Hals und brach sofort tot zusammen. Die Banditen entliefen. Das Schicksal des als letzten verhafteten bekannten Beamten, der sogleich die Haisbande scharf auf den Fersen war, löst allgemeines tiefstes Bedauern aus.

Rybnik, 26. Juni. Pastor Reinhold in Rybnik beging am 27. d. Mts. das 25-jährige Bürgerjubiläum und seine silberne Hochzeit. Dem Jubelpaare wurde eine größere Geldsumme überreicht als Fonds für Anschaffung einer großen Kirchenglocke.

Rybnik, 27. Juni. Nachdem erst in letzter Zeit im hiesigen Landratsamte Zuckermarke-briefe ausgeführt wurden, sind jetzt dort auch Haisbandenmarken abgegeben gekommen. Auch eine größere Summe Geldes wird vermisst.

Rybnik, 28. Juni. In der Nacht zum Freitag fanden im Zentrum von Rybnik lebhafteste Schießereien statt. Wichtige Geschäft- versuche Aufschläge auf die Kreispartei und das Proviantamt. Auch das Gerichtsgelände wurde, wahrscheinlich um seine Insassen zu befreien, stark bedroht. Die Sicherheitsposten des Grenzschutzes gelang es in allen Fällen, die Überfälle nach lebhaftem Feuer abzuwehren.

Czernowitz, 30. Juni. Der noch nicht 19-jährige Max Gawlik aus Czernowitz hatte sich verleben lassen, einer Organisation beizutreten, deren hochverräterisches Treiben auf die gewalttätige Vorbereitung Oberschlesiens von Deutschland hingelte. Gawlik hatte eine Kaiserpatrole und 24 Patronen, sowie 4 Dynamit- und 2 Sprengpatronen kassiert erworben. Am Tage vor der Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Markowitz hatte Gawlik auf ein Dorf hieb- und groß- Ereignis in der folgenden Nacht aufstehen gemacht. Wegen hochverräterischen Verrats (§ 86 Str.-G.-B.) u. Totschlag mit Vergehen wider das Belagerungsgesetz (§ 88 Str.-G.-B.) wurde der Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren verurteilt.

Pressenotiz. Die Kohlenabteilung der Kriegsamtsstelle Breslau führt vom 1. 7. 19 ab die Ver- teilung Kohlenwirtschaftsstelle. Sie wird an diesem Tage vom Ministerium für Handel und Gewerbe übernommen, ohne daß an ihrem Arbeitsgebiet, Organisation und Ver- hältnissen zum Reichskommissar für die Kohlen- verteilung etwas geändert wird. Die Geschäfts- räume befinden sich nach wie vor Telegraf. Nr. 24, III. Telegramm- und Postamt: Kohlen- wirtschaftsstelle Breslau II.

Bekanntmachung.

Am 9., 10. und 11. Juli cr. wird im hiesig. Stadtblatt eine Kontrolle der Beitragsentrichtung durch den Kontroll-Beamten der Land- u. Forstverwaltung-Anstalt erfolgen.

Die Arbeitgeber werden ersucht, die Quittungsformulare und Aufrechnungsbereinigungen an den fraglichen Tagen bereit zu halten.

Sohrau O.S., den 30. Juni 1919.

Die Polizei-Verwaltung. Räder.

Bekanntmachung.

Infolge der mangelhaften Eisenbahnerhältnisse und des Bezugsfehlers für den waggeweihten Bezug von Kohle nicht zur Verfügung gestellt werden können, ist es notwendig geworden, die für die städtischen Gebäude benötigten Kohlenmengen per Kiste von der Grube anfahren zu lassen.

Fuhrwerksbesitzer, welche in der Lage und bereit sind, die Kohlen zu übernehmen, werden hiermit auf, diesbezüg. Offerten im Zimmer 6 bis zum 10. d. Mts. abzugeben.

Sohrau O.S., den 1. Juli 1919.

Der Magistrat. Räder.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch den 3. Juli von 2 Uhr nachmittags ab werden in allen hiesigen Fettverkaufsstellen pro Kopf 85 gr. amerikanischer Schmalz zum Preise von 6,60 M. je Pfund gegen einen Abchnitt der Eisenbahnerkarte zum Verkauf gelangen.

Sohrau O.S., den 30. Juni 1919.

Der Magistrat. Räder.

Bekanntmachung.

Für den Monat Juli cr. wird gegen Abschnitt 20 der Lebensmittelkarte bei allen Kaufleuten verkauft:

- 350 g Getreidewaren,
- 125 g Oranien,
- 350 g Gersteneis,
- 125 g ukrainischer Roggen- oder Weizenmehl (je Pfd. 1,50 M.) ohne Brotmarken,
- 100 g Auslands-Orbsen (1 Pfd. 2,60 M.)

Die Bezugs-Abschnitte 20 sind bis zum 4. d. Mts. bei den Kaufleuten abzugeben. Die Warenausgabe beginnt am 9. d. Mts.

Gegen Abschnitt 21 der Lebensmittelkarte wird je Kopf 1 Pfd. Eßkaffee (H-Packung) in der Apotheke verabfolgt.

Die Bezugs-Abschnitte 21 sind bis zum 4. d. M. abzugeben. Der Eßkaffee wird vom 9. d. M. ab ausgegeben.

Für die laufende Woche wird in den bekannten Fettverkaufsstellen gegen Abschnitt u der Fettkarte verkauft:

- 350 g Rindfleisch,
- 125 g Parmelade.

Die Bezugs-Abschnitte u sind bis Mittwoch den 2. d. M. nachmittags abzugeben.

Butter und Margarine kann leider nicht abgegeben werden, da wegen des Eisenbahner-Streiks die Sendungen ausgeblieben sind. Bemerkung wird noch, daß die Waren aus den Fettverkaufsstellen bis Montag der nächsten Woche ein für allemal abgeholt sein müssen, da sonst über die Ware anderweitig verfügt werden muß.

Gegen 4 Abschnitte der Rinderkarte — bis zu 2 Jahren — wird bei den Kaufleuten Imiola und Julius Tyrtania je Abschnitt 255 g = 1020 g Auszugmehl verkauft.

Die Bezugs-Abschnitte sind bis Donnerstag den 3. d. Mts. in den gen. Stellen abzugeben. Das Auszugmehl wird von Dienstag den 8. d. M. ab ausgegeben.

Gegen 4 Abschnitte der Rinderkarte bis zu 2 Jahren und denjenigen von 2 bis 4 Jahren wird Weizen Grieß bei den Kaufleuten Imiola und Kuss und zwar je Abschnitt 250 g = 1000 g verkauft.

Die Bezugs-Abschnitte sind bis Donnerstag den 3. d. Mts. abzugeben. Die Warenausgabe beginnt am Dienstag den 8. d. M.

Wiederholt machen wir darauf aufmerksam, daß nachträglich abgegebene Lebensmittelmarken jeder Art an keiner Stelle mehr angenommen und berücksichtigt werden dürfen.

Voraussichtlich wird am Sonnabend den 5. d. M. in den hiesigen Fettverkaufsstellen wieder amerikanischer Speck verkauft werden. Menge und Preis werden durch Anschlag in den Verkaufsstellen bekanntgegeben.

Sohrau O.S., den 1. Juli 1919.

Der Lebensmittel-Anschuß.

Preuß. Klassen-Lotterie.

Zur 1. Klasse (Ziehung 15. und 16. Juli) sind Lose $\frac{1}{8}$ 5,25 M., $\frac{1}{4}$ 10,50 M., $\frac{1}{2}$ 21 M., $\frac{1}{4}$ 42 M. erhältlich bei H. Schleier, Ring.

Bilanz am 31. Dezember 1918.

Aktiva.

Raffenbestand am Jahresanfang	13368,77 M.
Forderungen aus Darlehen und Kaufgebern	110867,46 M.
Landw. Zentral-Darlehenskasse für Deutschland: Einzahlung auf 8 Aktien	8000,— M.
Amortisations- und Rückstellungsfonds	750,— M.
Beteiligung bei sonstigen Unternehmungen	1000,— M.
Forderungen aus laufender Rechnung	30709,72 M.
Forderungen aus Warenlieferungen	174,65 M.
Wert der Papiere	132977,50 M.
Immobilien, Mobilien und sonstiges Inventar	494,— M.
Summe	298342,10 M.

Passiva.

Geschäftsguthaben der Mitglieder	1147,— M.
Spar- und Depositionsgelder	290745,96 M.
Schuld aus laufender Rechnung	294,65 M.
Ausgaben	300,— M.
Erhaltungsfonds nach Jahr. des vorjährigen Gewinnes	2463,16 M.
Reservefonds	1888,49 M.
Rückverlastreserve	1200,— M.
Summe	298039,26 M.

Mitgliedergahl Ende 1917: 200, Zugang 1918: 5, -Abgang 1918: 203.

Woschczytzer Spar- und Darlehnskassen-Verein e. G. m. u. H. in Woschczyt.

Handy.

Pissarek.

Plonka.

An das geehrte Theaterpublikum von Sohrau und Umgegend!

Da wir bis jetzt immer bestrebt waren, dem Sohrauer Publikum nur Gutes zu bieten und dies durch die bisherigen Aufführungen bewiesen haben, bedauern wir die schlechte Vorstellung von „Glücksmädel“ aufs tiefste. Diese ist lediglich nur darauf zurückzuführen, daß der Kapellmeister und der Tenor vor einigen Tagen nach Breslau fahren und von dort infolge des Eisenbahnerstreiks nicht zurückkehren konnten.

Wir werden die geehrten Theaterbesucher dadurch entschädigen, daß wir das nächste Mal eine tadellose „Dreimäderlhaus“-Aufführung bringen und als Mitst. hierzu einige Mitglieder der Nurower Bergkapelle verpflichten werden.

Wir sind überzeugt, daß das Publikum diesmal in jeder Beziehung befriedigt sein wird und bitten wir, das bis jetzt bewiesene Wohlwollen uns auch in Zukunft bewahren zu wollen.

Die Leitung der Gleiwitzer Operettenspiele.

Ungekämmtes

Frauenhaar

kauft zu höchsten Preisen.

Haararbeiten werden sorgfältig ausgeführt.

Walter Hirschold,
Friseur, Holzstraße 133.

Bekanntmachung

Am Mittwoch den 2. Juli und Donnerstag den 3. Juli findet im Zimmer Nr. 2 die Ausgabe der Milch- und Seifenkarten und zwar wie folgt statt:

Mittwoch von 8—12 Uhr die laufende Nr. der Ausweisliste 1—400, von 12—3 Uhr die laufende Nr. der Ausweisliste 401—800.

Donnerstag von 12—3 Uhr die laufende Nr. der Ausweisliste 801—1200, von 12—3 Uhr die laufende Nr. der Ausweisliste 1201—1450.

Die in den Händen der Milchbesitzer befindlichen abgelassenen Milchkarten sind mitzubringen. Außerdem muß jeder Abholer der Milch- und Seifenkarten die roten Ausweislisten mitbringen.

Sohrau O.S., den 1. Juli 1919.

Der Magistrat. Räder.

In der Privatklagesache

des Rittersgutsbesizers Erich Krause in Vorbriegen, Privatklägers, vertreten durch den Rechtsanwalt Matuschek in Sohrau O.S., gegen den Rittersgutsbesitzer Gustav Nolda in Kreuzdorf, Angeklagten, wegen Beleidigung hat das Schöffengericht zu Sohrau O.S. am 13. Juni 1919 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen § 185 St. G. B. zu 60 — sechzig Mark Geldstrafe, im Nichtbeitrags-falle für je 10 M. zu 1 Tage Gefängnis, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Zugleich wird dem Privatkläger die Befugnis zugesprochen, den entscheidenden Teil des Urteils nach Rechtskraft desselben einmal im Sohrauer Stadtblatt auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen. Die Richtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt.

Sohrau O.S., den 25. Juni 1919.

Sprille, Amtsgerichtsekretär,
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Am Sonntag den 6. Juli, nachmittags 4 Uhr wird

eine Wohnung

auf der M. H. 'schen Besitzung von 1 Etage, Küche, Stube mit Zubehör und die Scheune an Ort und Stelle öffentlich meistbietend verpachtet werden. Die Pachtbedingungen werden im Termine bekannt gegeben werden.

Schimonosky.

Täglich frische

Garten-Erdbeeren

officiert

R. Nawroth.

1 Sommer- u. 1 Winter-Überzieher gut erhalten, sowie andere Kleidungsstücke für Männer verkauft

Frau Kobiolka, Töpferstraße.

Eine Stube und Küche

ist zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen.

Wwe. Anna Kotzurek, Maurerstr.

Bedienung oder Dienstmädchen

kann sich sofort melden.

M. Reichenberger.

Führenweise Stroh

für Kreis Fleß hat abzugeben

Dominium Timmendorf O.-S.

Zuverlässiger Hofewächter

somit gesucht.

Dominium Vorbriegen.

Ein Billard

nebst Zubehör ist zu verkaufen.

J. Reimann.

Dienstmädchen

vom 1. 7. oder 15. 7. 1919 nach Sohrau gesucht. Offerten an M. Knesch, Rowin.

Ein Bäckerlehrling,

Sohn achtbarer Eltern, kann sich sofort melden.

N. Hilla, Bäckermeister.

1 Lehrling u. 1 Arbeitsbursche

können sich melden bei

Johann Stahl, Klempnermeister.

Kleine Landwirtschaft

8—10 Morgen, geb. mass. mit leb. u. tot. Inventar. Offerten mit Preisangaben: an Karl Schulz, Berlin-Steglitz, Rheinstr. 41.